

wird als Ausbeutungskuli für ein internationales Finanzkapital, sondern daß seine Arbeit wirklich dem deutschen Volke und dem Aufbau einer neuen Wirtschaft zugute kommt. (Lebhafter Beifall.) Genossinnen, und Genossen! Es läßt sich nicht alles mit dem Punktsystem erreichen. Denn es läßt sich der Arbeiter nicht sein revolutionäres Erstgeburtsrecht durch Schnaps und Zigaretten abkaufen. (Zustimmung.) Gott sei Dank nicht! Man beseitige endlich diese dunkle Wolke der politischen Ungewißheit, die noch immer über dem Ruhrgebiet liegt! Erst dann ist die Luftbereinigung da, die wir brauchen, erst dann haben wir eine neue Situation. Der Arbeitwille scheuert sich heute an den Besitzverhältnissen, an den Eigentumsschranken! Man hat sein Leben nicht deshalb aus Kanonenschlünden und Bombenteppichen heimgebracht, um es in freudloser Form zur Bereicherung einer fremden Ausbeuterkaste zu verbringen. (Lebhafter Beifall.) Aus dem Industriekuli will ein Industriebürger werden. (Sehr richtig!) Letzter Leistungswille ist nur da zu fordern, wo Einblick, wo Mitgestaltungs- und Mitverantwortungsrechte gewährt werden. Europa will Kohlen haben. Nun wohl, die große Kraftzentrale Europas steht bereit, für die Kessel des Wirtschaftsschiffes genügend Kohlen zur Verfügung zu stellen. Dann aber soll man auch die politischen und psychologischen Voraussetzungen dafür schaffen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge, die zu diesem Punkt vorliegen. Im Antrag 17 fordert der Unterbezirk Altena-Lüdenscheid die Durchführung einer Volksabstimmung über die Sozialisierung und über die Bodenreform. Die Politik unserer Partei war in der Vergangenheit klar darauf ausgerichtet, beide Forderungen zu den zentralen Problemen unserer politischen Arbeit zu machen und jedes politische Mittel anzuwenden, um beide Forderungen zu verwirklichen. Ein solches politisches Mittel kann auch die Forderung nach einem Volksentscheid für die Sozialisierung und für die Bodenreform sein. Aber es ist notwendig, daß wir über den Zeitpunkt und die Art einer solchen weitgehenden Aktion uns die Entscheidungsfreiheit vorbehalten. Wir schlagen deshalb vor, daß dieser Antrag dem Parteivorstand zur Beachtung bei seinen weiteren Maßnahmen zur Durchsetzung unserer Ziele auf dem Gebiete der Sozialisierung und der Bodenreform überwiesen wird.

(Der Antrag wird darauf gegen 11 Stimmen gemäß dem Vorschlag des Vorsitzenden dem Parteivorstand überwiesen.)

Dann schlagen wir vor, daß wir den Gedanken des Antrages Nr. 20 in die allgemeine Entschloßung aufnehmen, damit wir alle unsere konkreten wirtschaftlichen Forderungen in einer Gesamtentschloßung des Parteitages vereinigt haben, und zwar empfehlen wir, daß wir im Absatz 3 der Entschloßung des Antrages Nr. 50 in der vorletzten Zeile einfügen: „keine weiteren Demontagen von Anlagen der Friedensproduktion“.

(Darauf wird einstimmig diese Ergänzung des Antrages Nr. 50 beschlossen und der Antrag 20 gegen eine Stimme als erledigt erklärt.)

Wir kommen dann zu Punkt 6 der Tagesordnung: Die kulturpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie. Das Wort als Berichterstatter hat Genosse *Hennig*.

### Die kulturpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie

*Arno Hennig, Hannover*: Genossinnen und Genossen! Eine Viertelstunde Kulturpolitik. Ich bitte um dieselben mildernden Umstände wie Genosse *Nöthing*. Wir haben die kulturpolitische Tagung in Erlangen nach einer langen Reihe von Debatterednern und unter Aufarbeitung einer Fülle von Anträgen mit dem Beschluß geschlossen: jetzt geht es erst los! Die Tagung wird in vier Wochen fortgesetzt. Jeder von uns war der Überzeugung, daß die ganze kulturpolitische

Problematik unserer Tage eine solche ist, daß wir diesen Fragen nicht länger aus dem Wege gehen können. Die Arbeit wächst uns gewissermaßen unter den Händen. Wir müssen in der Kulturpolitik gegenwärtig geradezu den Hebel zur Machtentfaltung erblicken. Wir sind nahezu auf allen Gebieten um unsere Souveränität gebracht. Wir sind verwaltungsmäßig stärkstens beschränkt, wir sind wirtschaftlich unerträglich behindert. Es wird lange dauern, ehe wir die politische und ökonomische Souveränität zurückerhalten. Aber kulturell sind wir nahezu souverän. Jedoch nützt die Sozialdemokratie von heute diese Möglichkeit nicht entfernt aus. Es ist leider immer noch so, daß die Kulturpolitik meist das fünfte Rad am Wagen ist. Genosse Thomassen aus Holland hat den Parteitag begrüßt mit der Frage, warum wir nicht Katholiken und Protestanten in die neue Partei hineingeholt haben. Ich habe mich mit dem Genossen Thomassen anschließend ausgesprochen und ihm dargelegt, daß diese Erneuerung in Wirklichkeit durchaus angelaufen ist, und daß wir uns vollkommen einig sind, daß es sich beim Sozialismus nicht um Doktrinen handelt, sondern um Menschen.

Die Kulturzentrale des Parteilvorstandes hat zwei große Gebietsgruppen aufzuarbeiten. Wir haben uns erstens das Ziel gesteckt, heute mehr als jemals vor 1933 die gesamte Kulturgebarung des deutschen Volkes zu innervieren.

Zweitens obliegt uns das, was man früher Arbeiterbildung nannte und was wir heute sozialistische Schulung nennen. Es hat an Anregungen dieser Art nicht gefehlt. Aber es haben sich an der Basis der Partei diese Anregungen noch lange nicht durchgesetzt. Vieles von dem, was wir gewollt und vorgeschlagen haben, was wir als dringlich bezeichnet haben, ist in den Schubladen der Bezirke liegen geblieben. Wir haben keine Zeit zu verlieren. In diesen Monaten formt sich der politische Wille des deutschen Volkes. Die Kulturpolitik ist das Mittel, das einzige Mittel, diesen Willen zu beeinflussen.

Wir haben nicht nur agitatorische Gründe für unser Wollen, sondern wir haben, wie sich das auf der kulturpolitischen Tagung in Erlangen gezeigt hat, eine Hinterlassenschaft aufzuarbeiten, die wir dort mit Totalitarismus bezeichneten. Diese Aufarbeitung muß erfolgen durch eine vollständige Umerziehung unseres Volkes.

Wir haben in Erlangen eine Reihe von Resolutionen gefaßt. Aber wir haben unter uns eine Menge ungeduldiger Genossen, die mit Recht festgestellt haben, daß nicht genug geschehen sei und daß das, was geschehen sei, nicht mit der nötigen Gründlichkeit durchgeführt worden wäre. So waren sich am Schluß doch alle einig, daß wir den Parteitag bitten müssen, das Material, das wir ihm zu den wichtigsten Fragen vorlegen könnten (Einheitsschule, ihr Auf- und Ausbau, Lehrerbildung, Schulgesetzgebung), dem Parteilvorstand zur Aufarbeitung auf der nächsten Sitzung der kulturpolitischen Tagung zu überweisen. Gleichzeitig wird der Parteilvorstand von Ihnen sich die Ermächtigung geben lassen, einen Kulturausschuß zu berufen, der nicht nach dem Delegationssystem zusammengesetzt sein soll, sondern dessen Mitglieder nach persönlichen Qualitäten berufen werden sollen. Diesem Ausschuß obliegt dann die weitere Beschlußfassung über das Schulprogramm und über das Erziehungsprogramm der SPD.

Sie haben unter den Drucksachen zu Punkt 6 der Tagesordnung Anträge gefunden vom Ortsverein Hannover über die Errichtung einer Hochschule für Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Vom Bezirk Schleswig-Holstein liegt eine Entschließung betreffend Verwaltungsschulen vor. Von der Ortsgruppe Dortmund-Huckarde ist der Antrag gestellt, Schritte zu unternehmen für die Einrichtung von Elternberäten. Der Ortsverein Hannover wünscht die Schaffung von Gesetzen, um den Schutz, die Erziehung und Unterbringung entwurzelter Jugendlicher zu gewährleisten. Vom Ortsverein Dortmund-Eichlinghofen liegt ein Antrag betreffend die Jugendfrage vor, der sich mit der Behebung des Jugendlends befaßt. Es steht nichts entgegen, daß die Anträge sofort verhandelt werden. Der Ausschuß empfiehlt aber, auch diese Anträge dem Parteilvorstand zu überweisen, damit sie mit den übrigen Beratungsgegenständen zusammen behandelt werden.

Die kulturpolitische Tagung in Erlangen hat noch zwei andere Entschlüsse gefaßt, die von erheblicher Bedeutung sind und die wir auch dem Vorstand zu überweisen bitten. Der eine Antrag vom Genossen *Wehn* aus Hamburg betrifft die Ausgestaltung der Kulturzentrale beim Parteivorstand. Der Antrag wird sicherlich ohne weiteres vom Parteivorstand selbst unterstützt werden, der sich über die Notwendigkeit dieses Ausbaues klar ist. Ich bin bereit, entsprechende Vorschläge zu unterbreiten, sobald der Parteivorstand dafür Zeit haben wird.

Zweitens ist vom Genossen *Eichler*, Köln, und dem Genossen *Dr. Prüfer*, Hamburg, ein Antrag gestellt worden in bezug auf die Prüfung der geistigen Grundlagen der Partei. Er lautet:

Die auf der kulturpolitischen Tagung der SPD in Erlangen versammelten Teilnehmer sind überzeugt, daß es nötig ist, die philosophischen Grundlagen der sozialistischen Bewegung neu zu studieren und zu formulieren. Sie bitten den Parteivorstand, möglichst bald eine Kommission einzusetzen, die sich dieser Aufgabe unterzieht.

Damit sind wir an einem sehr wichtigen Punkt angelangt. Es handelt sich heute nicht darum, was vor 100 Jahren einmal Männer gedacht und gesagt haben. Vieles davon ist vergänglich. Aber für den Sozialismus als Wissenschaft genügt es nicht, sich allein quellenforscherisch und historisierend zu verhalten; er muß die Gegenwart verarbeiten. Was Karl Marx getan hat, war nichts anderes, als daß er die Philosophie, die Soziologie, die Ökonomie seiner Zeit verarbeitet hat. Wir müssen das gleiche tun. Wir müssen das ungeheure Material aufarbeiten, das in der soziologischen Forschung der letzten Jahrzehnte, in den naturwissenschaftlichen Ergebnissen eines halben Jahrhunderts, in der zeitgenössischen Philosophie vorliegt, und müssen daraus die neuen geistigen Grundlagen der Partei formulieren. Wir stoßen überall, wo wir auf junge Menschen treffen, auf diesen Einwand, auf den Einwand, daß wir zu eng seien, daß wir im Grunde genommen auf dem Standpunkt von vor 100 Jahren stünden. Es wird hohe Zeit, daß wir uns diesem Trugschluß entgegenstellen. Wir hätten es längst gekonnt. Wir haben die Konzeption, aber wir haben noch nicht die Zeit gefunden, sie auszuarbeiten und zu popularisieren. Der zu berufende Kulturausschuß wird die Körperschaft sein, die auf diesem Gebiete entscheidende Schritte vorzubereiten hat, die hoffentlich dem nächsten Parteitag zur Beschlußfassung vorgelegt werden können. (Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Wir kommen zur Aussprache, die sich gleichzeitig bezieht auf die Anträge 22, 23, 24, 25 und 26 in der Vorlage Nr. 4.  
Das Wort hat Genosse *Dr. Berger*, Niederrhein.

*Dr. Berger*, Niederrhein: Genossinnen und Genossen! Über die kulturpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie könnte und müßte man sehr viel sagen. Infolge der beschränkten Zeit kann ich nur auf zwei Punkte kurz eingehen.

Zuerst eine Bemerkung über die Zusammensetzung der kulturpolitischen Tagungen. Die Teilnehmer werden vom Vorstand auf Grund ihrer kulturellen Bedeutung, Leistung oder Fähigkeit ausgewählt. Dem wird man zunächst zustimmen können. Wenn jemand Genosse und auf kulturpolitischem Gebiet bewandert ist, so kann uns seine Mitarbeit auf diesem Gebiet doch nur willkommen sein. Aber es hat sich doch gezeigt, oder es ist wenigstens der Anschein entstanden, als ob durch diese Auswahl auf den kulturpolitischen Tagungen diejenigen Genossen eine Mehrheit gewinnen, die lediglich kulturpolitisch interessiert sind, an den übrigen Bestrebungen der SPD sehr wenig Anteil nehmen und mit Arbeitermassen und ihrer Gesinnung sehr wenig Verbindung haben. Es entsteht dadurch die Gefahr, daß kulturpolitische Veranstaltungen der Sozialdemokratie Veranstaltungen einer intellektuellen Oberschicht werden, die den Zusammenhang mit unseren Genossen aus dem Volk verloren hat. Vor 1933 kamen wohl auch Genossen aus bürgerlichen

Kreisen zu uns, die durch den Gegensatz zur Kirche und zur Religion, aber durch kein anderes sozialistisches Interesse zu uns getrieben wurden. Heute ist das Bild gerade umgekehrt. Auf den kulturpolitischen Tagungen der Sozialdemokratie steht der religiöse Sozialismus durchaus im Vordergrund, so daß bei unbefangenen Zuhörern der Eindruck entstehen könnte und auch tatsächlich entstanden ist, als ob der religiöse Sozialismus die einzige offiziell anerkannte kulturpolitische Richtung der Sozialdemokratie sei. (Hört, hört!) Noch schärfere Beurteilungen, die vorgekommen sind, möchte ich hier nicht vortragen.

Zur Eröffnung der kulturpolitischen Tagung in Erlangen wurde eine öffentliche Versammlung abgehalten, in der über den religiösen Sozialismus gesprochen wurde. Der zweite Verhandlungstag galt dem Thema: „Sozialistische Erziehung“ oder vielmehr: „Die Reform der sozialistischen Erziehung“. Die Verhandlung begann um 9.00 Uhr. Um 10.35 Uhr hörte man zum ersten Male das Wort „Schule“. Die ganzen vorhergehenden Ausführungen des Referenten Minister Grimme handelten ausschließlich vom religiösen Sozialismus. (Hört, hört!) Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß dadurch zum mindesten die Verhandlungen des zweiten Tages einen etwas einseitigen Verlauf nahmen.

Genossinnen und Genossen! Kein Wort gegen die religiösen Sozialisten. Sie sollen uns willkommen sein, und es ist oft genug von maßgebender Parteistelle ausgesprochen worden, daß uns die Genossen, die aus dem Geiste der Bergpredigt zu uns kommen, uns ebenso willkommen sein sollen, wie jene, die aus dem Geiste des Marxismus zu uns kommen. Aber: wenn wir so gegen die religiösen Sozialisten Toleranz üben, so sind doch neuerdings Zweifel laut geworden, ob von den religiösen Sozialisten dieselbe Toleranz gegen die anderen Sozialisten geübt wird. (Sehr richtig!) Es fiel schon auf der Erlanger Tagung in Hinsicht auf den religiösen Sozialismus das bittere Wort, daß die römische Kirche nicht die einzige Hierarchie sei, die den totalitären Anspruch erhebe, die allein seligmachende zu sein.

Wir wollen doch nicht vergessen, daß sehr viele Genossen ihren Sozialismus nicht von der Bergpredigt, sondern von Karl Marx herleiten. Und in weiten Bezirken unseres Vaterlandes werden sehr viel mehr junge Sozialisten durch die Lehren von Karl Marx zu uns geführt, als durch die Lehren der Bergpredigt. Und es ist doch leicht einzusehen, daß gerade eine Jugend, die in der irrationalen Propaganda des Nationalsozialismus aufgewachsen ist, weniger auf neuen Irrationalitäten, als vielmehr auf Nüchternheit und Sachlichkeit neuen Grund zu finden sucht: eben auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus. Eine nüchterne und sachliche, wissenschaftlich fundierte Lehre wie der wissenschaftliche Sozialismus hat heute noch die besten Aussichten, eine desillusionierte kritische Jugend als Anhänger zu gewinnen. Das hat sich erwiesen. Und gerade der wissenschaftliche Sozialismus hat in seiner phrasenlosen Nüchternheit und Sachlichkeit auf die Dauer die besten Aussichten, die Jugend in eine neue Begeisterung hineinzuführen. Man soll uns da doch nicht mit „Eierschalen vergangener Jahrhunderte“ kommen und damit uns den wissenschaftlichen Sozialismus madig machen wollen. Nur die gelben Küken, die gerade erst ausgekrochen sind, sind stolz darauf, auf den Eierschalen, die sie gerade abgestreift haben, herumzutrampeeln.

Noch einmal, Genossinnen und Genossen! Wir haben nichts gegen die religiösen Sozialisten. Sie sollen uns wie alle anderen Sozialisten brüderlich willkommen sein. Nur: man möge dafür Sorge tragen, daß die kulturpolitischen Tagungen der Partei nicht mehr einseitig als Veranstaltungen der religiösen Sozialisten erscheinen.

Zweitens: Es ist auf der kulturpolitischen Tagung in Erlangen, wie auch sonst schon oft und vielerorts der dringende Ruf nach einem Kulturprogramm der SPD erhoben worden. Man klagt gerade in den Kreisen jüngerer und neuerdings erst zu uns gekommener Genossen über das Fehlen eines ausführlichen Kulturprogramms unserer Partei. Gewiß, wir älteren Genossen haben wohl unsere Ansicht über unser Kulturprogramm und können auch unseren jüngeren Genossen unsere Meinung darüber sagen, aber unsere jüngeren Genossen sind unsicher und wissen

nicht, was sie im Meinungsstreit mit Angehörigen anderer Parteien als sozialistisches Kulturprogramm vertreten sollen, und sie wollen wissen, woran sie sind. Kurz, es wird immer wieder der Ruf laut nach einem Kulturprogramm der SPD, und es scheint höchste Zeit, daß in dieser Hinsicht etwas geschieht. Wenigstens sollte man zunächst einmal ein Schulprogramm aufstellen. Auf der Tagung in Erlangen waren drei oder vier verschiedene Vorschläge für ein Schulprogramm eingegangen. Wir haben auch eine Kommission zur Verarbeitung der vorgelegten Vorschläge eingesetzt. Man hat sich dann auch auf einen gemeinsamen Vorschlag geeinigt. Warum man nun diesen gemeinsamen Vorschlag hier nicht zur Beschlußfassung vorlegt, ist einigermaßen schleierhaft. Es kann nur vermutet werden, daß die Intellektuellen wahrscheinlich wieder einmal zu zögernd waren und, wie man so zu sagen pflegt, Angst vor der eigenen Courage hatten. (Beifall.) Besprochen worden sind diese Dinge eigentlich genügend, und man ist sich auch in weiten Kreisen über die Dinge einig, die man als Schulprogramm wenigstens vorschlagen will und vorschlagen kann.

An erster Stelle steht der Vorschlag, daß alle Schulen — von wenigen begründeten Ausnahmen abgesehen — Staatsschulen sein sollen. Staatsrecht bricht Elternrecht; so wie früher der Grundsatz galt, daß Reichsrecht Landesrecht bricht. Die Jugenderziehung ist Angelegenheit des ganzen Volkes.

An zweiter Stelle steht die Forderung, daß die Staatsschulen Simultanschulen sein sollen. Wir wollen nicht die Verewigung der konfessionellen Gegensätze, wie sie durch die konfessionelle Grundschule hervorgerufen wird.

An dritter Stelle fordern wir die Einheitsschule, die differenzierte Einheitsschule natürlich, im Interesse der Volksgemeinschaft oder — um mich lieber in sozialistischer Sprechweise auszudrücken — im Interesse einer zukünftigen klassenlosen Gesellschaft. Von einem bestimmten Schuljahr an — man hat sich inzwischen auf das 7. Schuljahr geeinigt — soll eine Differenzierung eintreten, so daß etwa der Unterricht im Turnen, Singen, Zeichnen und in einem gewissen Kernunterricht weiterhin gemeinsam sein soll. Daneben tritt dann für Kinder, die nur nach Begabung und Eignung ausgewählt sein dürfen, ein Zusatzunterricht in Fremdsprachen, Mathematik und dergleichen. Voraussetzung dafür ist selbstverständlich Schulgeldfreiheit, Lehrmittelfreiheit, Erziehungsbeihilfe für bedürftige Kinder.

Als Punkt fünf fordern wir ferner die gemeinsame Ausbildung der Lehrer aller Schulen.

Ein Punkt, der etwas mehr Schwierigkeiten machte, war die Frage des Religionsunterrichtes. Hierzu sind verschiedene Vorschläge eingegangen, z. B. von Berlin und Hamburg. Ich könnte da nur die Entschleußung zur Annahme empfehlen, die auf dem Frauenkongreß in Fürth gefaßt worden ist. Es zeigt sich, daß unsere Genossinnen einmal wieder mehr Mut gehabt haben (lebhafter Beifall) und da eine Entschleußung eingebracht und angenommen haben, zu der die Intellektuellen einmal wieder nicht den Mut gefunden haben.

Genossinnen und Genossen! Ich kann nicht weiter auf die Einzelheiten eingehen. Die anderen Parteien sind uns kulturpolitisch wieder einmal weit voraus. Wir dürfen nicht wieder in den Ruf kommen, daß uns die Kulturpolitik verhältnismäßig nebensächlich sei. Die Kulturpolitik ist heute fast das einzige Gebiet, auf dem uns die Besatzungsmächte fast völlige Freiheit lassen. Es ist der böse Verdacht geäußert worden, daß wir von anderen Parteien, besonders von der CDU, von der Kulturpolitik abgedrängt werden, damit wir uns auf sozialpolitische Themen und dergleichen beschränken und damit die CDU unbeschränkt auf dem Gebiete der Kulturpolitik herrschen kann, wie beispielsweise in Nordrhein-Westfalen. Dann wird vielleicht eines Tages die Besatzungsbehörde sich gegen die Forderungen der Sozialisierung und gegen die wirtschaftspolitischen Forderungen stellen, und wir wären dann wieder einmal die Enttäuschten, die hier auf dem Gebiete der Kulturpolitik gar nichts erreicht haben.

Damit will ich schließen. Ich möchte noch einmal an unseren Vorstand appellieren, daß er darauf drängt, daß nicht nur ein Schulprogramm, sondern ein allgemein kulturpolitisches Programm der SPD mit aller möglichen Beschleunigung aufgestellt wird. Es gilt auch hier für den Sozialisten und für den Arbeiter „eine Welt zu gewinnen“, ein Reich, das durchaus nicht von jener Welt ist, sondern ein Reich, das fest auf dieser Erde begründet ist, das Reich einer sozialistischen Kultur, die durchaus unter dem Zeichen Beethovens und unter dem Zeichen Schillers stehen wird, und von der man auch mit den Worten der 9. Symphonie, wie wir sie gestern hier gehört haben, sagen könnte:

Deine Zauber binden wieder  
was die Mode streng geteilt;  
alle Menschen werden Brüder,  
wo dein sanfter Flügel weilt.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Das Wort hat Genosse *Schult*, Hamburg.

*Johannes Schult*, Hamburg: Genossinnen und Genossen! Es ist erklärlich, daß in einer Zeit der großen materiellen Nöte Kulturfragen in die zweite Linie gerückt werden, und doch darf das von unserer Bewegung nicht geduldet werden. Die Bedeutung der Kulturpflege und der Kulturpolitik brauche ich hier in diesem Raume nicht noch einmal zu unterstreichen. Das Kulturreferat beim Parteivorstand hat eine außerordentlich umfassende Aufgabe. Zahlreiche Einzelaufgaben sind zu lösen. Darum empfehle ich den Antrag *Eichler* zur Annahme, der einen Ausbau des Kulturreferates beim Parteivorstand vorschlägt. Wenn wir bedenken, daß in Zukunft die eigentliche Kulturpolitik im wesentlichen in den Gemeinden und Ländern gemacht werden wird, so sehen wir zugleich auch hier die Möglichkeit des Auseinanderfallens dieser Kulturpolitik in den einzelnen Teilen Deutschlands. Wir müssen darauf achten vom Parteivorstand her, daß hier nicht einander entgegengesetzte Entwicklungen vor sich gehen. Noch sind wir nicht einmal in den eigenen Reihen über wichtige kulturpolitische Grundsätze einig, z. B. in bezug auf die Schulpolitik. Mit diesem Thema müssen sich in Zukunft nicht nur die Parteigenossen, die Fachleute sind, sondern auch die übrigen Parteigenossen beschäftigen. Die Fachleute sind im letzten Grunde etwas einseltig. Sie stammen meistenteils aus einer Erziehung, die nicht die unsrige ist. Wir haben einen großen Zustrom an Lehrern nach 1918 bekommen. Wir haben auch jetzt wieder einen solchen. Aber wir müssen darauf achten, daß sie eingegliedert werden in die große Tradition unserer Bewegung. Diese ist im wesentlichen doch eine proletarische Tradition. (Sehr richtig!) Das muß einmal deutlich gesagt werden, damit nicht etwa Bildungsideale und Erziehungsziele, die rein bürgerlicher Natur sind, die sich aus der Tradition des Bürgertums entwickelt haben, für uns als maßgebend angesehen werden. (Sehr gut!) Ich bin ganz anderer Meinung, als sie manchmal auch von sehr gewichtigen Parteigenossen vertreten wird, z. B. in bezug auf das Bildungsideal unserer Hochschulen und unserer Oberschulen. Denn diese Ideale sind nicht die, die wir als Sozialisten zu vertreten haben. Wir dürfen nicht kritiklos diese Ideale vom Bürgertum übernehmen. (Zustimmung.)

Ich weise weiter darauf hin, daß wir eine geistige Neuorientierung vornehmen müssen. Wir haben in früherer Zeit eine große Menge von Gedanken nur unter uns gepflegt. Jetzt ist ein Zustrom von außen erfolgt, und es ist notwendig, eine Auseinandersetzung über die von außen herangezogenen Gedankengänge auch bei uns durchzuführen. Das ist eine schwere und langwierige Aufgabe. Ich wünsche, daß sich in allen Teilen Deutschlands in den Parteikreisen Leute finden, die sich daran beteiligen. Es wird eine Gemeinschaftsarbeit werden müssen. Das läßt sich nicht so machen, daß man etwa einem Ausschuß der Partei den Auftrag erteilt, ein Programm hierüber auszuarbeiten. Es gehört mit zu den Aufgaben des Kultur-

referates beim Vorstand, diese Dinge zu pflegen. Wenn er nur diese Aufgabe hätte, hätte er schon reichlich zu tun und käme mit den augenblicklichen Bedingungen, unter denen dieses Referat arbeitet, nicht aus.

Um noch einen anderen Punkt zu erwähnen, der mir von ganz großer Bedeutung zu sein scheint, weise ich auf die Kulturpflege innerhalb unserer eigenen Bewegung und Organisation hin. Das hat mit der Kulturpolitik im engeren Sinne nichts zu tun. Diese Kulturpflege ist im Jahre 1933 abgerissen und muß wieder mühsam neu geschaffen werden. Die Kulturpflege in unseren eigenen Reihen sollte niemals unwichtig genommen werden. Ich habe 1920 auf dem damaligen ersten Kulturtag der Sozialdemokratischen Partei auf diesen Umstand hingewiesen und die Formulierung geprägt, daß wir von einem Wahlverein, der lediglich Wahlen vorzubereiten hätte, zu einer Kulturbewegung werden müssen. Die Entwicklung unserer Partei ist von der Machtpolitik weitergeschritten zu der großen umfassenden Aufgabe, eine neue Kultur aus den Menschen heraus zu gestalten. Diese Aufgabe muß überall angepackt und muß vom Kulturreferat des Vorstandes gepflegt und entwickelt werden. Im Jahre 1920 hatten wir einen Reichsjugendtag in Welmar. Dieser Reichsjugendtag ist noch heute eine Kraftquelle ersten Ranges. Ich glaube, unter Euch sitzen viele Dutzende, wenn nicht Hunderte, die sich eine schöne Erinnerung an dieses Erlebnis bewahrt haben. (Zustimmung.) Wir sollten uns darum mit den Dingen, die wir damals als Kulturpflege von der Jugendbewegung aus in die Partei übertragen haben, in viel höherem Grade als bisher beschäftigen. (Zustimmung.) Ich denke z. B. an folgendes. Wodurch hat die katholische Kirche ihre außerordentliche innere Kraft? Weil sie Bezirke des menschlichen Seelenlebens pflegt, die bei uns oftmals zu kurz gekommen sind. Wenn wir diese Bezirke des menschlichen Seelenlebens pflegen, dann ist erst Sicherheit gegeben, daß eine solche Bewegung nicht wieder totgemacht werden kann, daß sie nicht mit einer Gewaltpolitik aus der Welt geschafft werden kann. (Beifall.) Gerade dieses Beispiel der katholischen Kirche sollte uns veranlassen, die Kulturpflege in unserer eigenen Partei zu betreiben, so weit wie irgend möglich, mit gegenseitiger Hilfe in materiellen Dingen. Vielfach sind die Nöte nicht materielle, sondern geistiger und seelischer Art. Das sind wichtige und manchmal wichtigere Dinge als die materiellen. Somit bin ich der Meinung, daß wir das Kulturreferat der Partei ausbauen sollten, damit es zu dem wird, was es eigentlich sein muß: umfassend wie das ganze menschliche Leben mit all seinen materiellen, geistigen und seelischen Beziehungen. (Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort gebe, möchte ich vorschlagen, daß die Wahlkommission das Resultat der Wahlen zu dem Parteivorstand mittelt.

*Theo Thiele*, Berlin: Die Wahlkommission hat folgende Feststellung getroffen: Von 357 anwesenden Delegierten haben 344 von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht. Es wurden 3 ungültige Stimmzettel abgegeben und 341 gültige. Davon erhielt *Dr. Kurt Schumacher* als Vorsitzender 340 Stimmen. (Lebhafter Beifall.) *Erich Ollenhauer* erhielt 337 Stimmen. (Beifall.)

Als besoldete Mitglieder des Parteivorstandes erhielten Stimmen:

<i>Herta Gotthelf</i>	332 Stimmen
<i>Fritz Heine</i>	327 Stimmen
<i>Alfred Nau</i>	327 Stimmen
<i>Herbert Kriedemann</i>	239 Stimmen
<i>Egon Franke</i>	221 Stimmen

Die unbesoldeten Mitglieder des Parteivorstandes erhielten folgende Stimmen:

Fritz Hensler	335 Stimmen
Dr. Karl Schmid	335 Stimmen
Louise Schröder	332 Stimmen
Franz Neumann	331 Stimmen
Franz Bögler	326 Stimmen
Julius Lofmann	324 Stimmen
Karl Meitmann	324 Stimmen
Wilhelm Kaisen	323 Stimmen
Dr. Viktor Agartz	321 Stimmen
Andreas Gayk	320 Stimmen
Adolf Grimme	315 Stimmen
Willi Eichler	314 Stimmen
Willi Knothe	314 Stimmen
Valentin Bauer	311 Stimmen
Dr. Walter Menzel	308 Stimmen
Ernst Gnoß	306 Stimmen
Lisa Albrecht	304 Stimmen
Emil Groß	304 Stimmen
Fritz Helmstetter	304 Stimmen
Dr. Hermann Veit	289 Stimmen
Robert Görlinger	258 Stimmen
Dr. Elisabeth Selbert	253 Stimmen

Weitere Stimmen erhielten

Marta Fuchs	236 Stimmen
Anna Beyer	225 Stimmen

Für Dr. Hermann Brill und Waldemar von Knoeringen wurde je 1 Stimme abgegeben.

Das war der Bericht der Mandatsprüfungskommission über die Wahl. Alle Dinge wurden in Ordnung befunden. Die Stimmzettel und die Listen wurden von allen Mitgliedern der Mandatsprüfungskommission unterzeichnet.

Vorsitzender *Erich Ollenbauer*: Wir fahren in der Diskussion fort. Genossin *Edith Hoereth-Menge* hat das Wort.

*Edith Hoereth-Menge*, München: Genossinnen und Genossen! Weit gespannt ist der Bogen der Kulturpolitik, wie der Genosse Hennig ihn uns gezeigt hat. Aber wenn die Grundlage dazu nicht fest ist, dann fällt dieser Bogen in sich zusammen. Das breite Fundament der Kulturpolitik ist die Schulpolitik. Dieses breite Fundament muß durch die Schule geschaffen werden, in der die höchstmögliche Bildung und umfassendste Erziehung allen Kindern des Volkes vermittelt wird. Wir Frauen haben das in Fürth wohl richtig erkannt, das zeigt unser Antrag, und ich möchte ergänzend dazu sagen, daß wir nicht nur den Mut aufgebracht haben, einen Antrag einzubringen, sondern, daß wir wahrscheinlich auch die nötige Intelligenz dazu hatten, daß es also nicht notwendig ist, daß, wenn man intellektuell ist, man dabei keinen Mut haben muß. (Beifall.) In diesem Antrag haben wir gefordert, daß sich der Parteivorstand umgehend damit beschäftigt, daß die Schulreform in allen Ländern unverzüglich durchgeführt wird. Denn, Genossinnen und Genossen, was helfen uns alle geistreichen Diskussionen über Kulturpolitik, über das Verhältnis zu den religiösen Sozialisten und über wer weiß was nicht alles, wenn wir die ungeheure Not der Kinder und der Schule ansehen.

Wir, die wir im praktischen Volksschul- und Erziehungsleben stehen, wir sehen mit der allertiefsten Sorge auf die kommende Generation. Wenn es mit der Schül-

bildung so weitergeht, dann wird aus dem deutschen Volk allmählich ein Volk von Analphabeten werden. Denn die Not der Kinder, die physische Not, die ja jetzt zum Teil etwas durch die Schulpeisung behoben wird, die Lernmittelnot, die Schulraumnot, die Lehrernot, die sind so groß, daß es nicht möglich ist, den Kindern des Volkes nur die allerelementarsten Grundlagen des Wissens mitzugeben, und das ist das Gefährliche, wenn wir diese Kinder aus der Schule entlassen, daß sie dann nicht die Grundlage haben, um in dem Kampf für den Staat, den sie sich bilden sollen, mitzureden. Der Genosse Menzel hat gesagt, das Schicksal der neuen deutschen Republik liegt in den Händen der Masse. Diese Masse muß aber demokratisch und bestmöglich erzogen sein. Bei den heutigen Verhältnissen kann das aber aus den erwähnten Notgründen nicht erfolgen.

Es ist darum die Pflicht der deutschen Sozialdemokratie, so schnell wie möglich, und nicht erst nach Überweisung an den Parteivorstand und die kulturpolitischen Ausschüsse, wo die Anregungen womöglich halbe oder ganze Jahre liegen bleiben, zu prüfen, welche praktischen Vorschläge für die Schulreform zu unterstützen und in welchen Ländern sie durchzubringen sind. (Beifall.)

Ein Beispiel dafür, wohin man kommt, wenn keine Richtlinien zur Kulturpolitik vorhanden sind, ist unser Land Bayern. Hier ist die Verfassung leider so gemacht worden, daß die kulturpolitischen Bestimmungen, die diese Verfassung enthält, direkt dem widersprechen, was die Sozialdemokratie als elementarste Forderung von jeher anerkannt hat und heute noch anerkennen muß. In Artikel 135 der bayrischen Verfassung z. B. wird für die Lehrer ein Zustand geschaffen, der sie vollkommen ohnmächtig macht, im Geist der Freiheit und der Demokratie die Kinder zu erziehen. Dieser Artikel sagt, daß nur die Lehrer, die geeignet und bereit sind, im Geiste des Bekenntnisses zu unterrichten und zu erziehen, an den Schulen tätig sein können. Diese Knute der Meinungsgebundenheit jagt die Lehrerschaft in die Kasematten mittelalterlichen Denkens zurück. Was soll aus der Schule werden, wenn die Lehrer keine selbständig denkenden, sich frei entscheidenden Persönlichkeiten sein dürfen? Wir versuchen in Bayern einen Schulreformvorschlag unseres Genossen Pittroff durchzubringen, der die differenzierte Einheitsschule vorschlägt. Aber es wird bei diesen Verfassungsbindungen kaum möglich sein, den Plan durchzuführen, wenn sich nicht hinter solche Pläne, die außerdem gleichzeitig in allen Ländern gefördert werden müssen, die große, starke, unnachgiebige Macht der Sozialdemokratischen Partei stellt.

Leider hat die Sozialdemokratische Partei bisher wenig Aktivität für die kulturpolitischen Forderungen entwickelt, was vielleicht aus der Not der Zeit erklärlich ist. Man hat aber weder die sozialdemokratischen Parteigenossen noch die sozialdemokratischen Wählermassen irgendwie an- und aufgerufen, daß sie sich entscheiden sollen, wie die Schule für ihre Kinder gestaltet werden soll. Wenn wir das nicht bald tun, kommen wir mit unseren Richtlinien und mit allen schönen Vorschlägen der kulturpolitischen Ausschüsse wieder zu spät, und es geht uns genau so, wie es in den Jahren 1919 und 1920 gegangen ist. Wenn dann die Kuh aus dem Stalle ist, dann möchte ich wissen, wer sie wieder hineinbringt. Wir bitten wenigstens auf diesem Parteitag darum, die Entschloßung der Frauenkonferenz tatkräftig zu unterstützen, die als Grundschule die Staatsschule, also die Simultanschule festlegt. Für die Extravaganzen, wie wir sie in Bayern haben, können Sozialdemokraten nicht eintreten, denn die in Bayern als Regelschule festgelegte Bekenntnisschule ist der erste, aber auch wirkungsvollste Versuch, die geistige Frohheit des Volkes zu knebeln (Beifall) und es dahin zu bringen, daß es gar nicht möglich ist, unsere Kinder zur Toleranz, zur Demokratie und zu selbständigem Denken und Handeln zu erziehen.

Weiter muß es auch eine Sorge der Sozialdemokratie sein, daß anerkannt wird, daß die Lehrerschaft, die hin- und hergerissen wurde und die vielleicht, wie ihr nicht ganz ohne Berechtigung vorgeworfen wird, ein Teil der Bevölkerung war, der sich besonders rasch dem Nationalsozialismus zugewandt hat, in dem Teil, der festgeblieben ist, heute mehr als seine Pflicht tut. Denn wenn wir heute täglich vor 100 Kindern stehen und 100 Kindern Wissen vermitteln und auf sie erzieherisch

einwirken sollen, dann, Genossen und Genossinnen, werden Sie doch selber sagen, daß bei dem heutigen Ernährungszustand — denn uns speisen auch nicht die Raben des Ellas — dies kaum möglich ist. Die Lehrer müssen wissen und erfahren, daß sie einen geistigen Rückhalt bei ihrer Arbeit haben und den müssen sie in der Arbeiterschaft finden. Wir Lehrer müssen wissen, daß wir in unserem Kampf gegen alle reaktionären Einflüsse nicht alleinstehen, sondern daß wir getragen sind von dem gleichgerichteten Willen der großen Sozialdemokratie. Die Schulreform kann man nicht mehr, wie es in Bayern geschehen soll, auf die lange Bank schieben, sondern die Zeit und ihre Not erfordert es, daß sie durchgeführt wird. Die Schulreform muß von der Sozialdemokratie Deutschlands getragen und vorwärts getrieben werden. (Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Genossen und Genossinnen! Ich gebe jetzt noch dem Genossen *Mellies*, Detmold, das Wort, und dann werden wir die Verhandlungen bis 9 Uhr vertagen. Ich bitte darum, daß alle Delegierten an dieser Abend-sitzung teilnehmen, weil wir die Diskussionen über das kulturpolitische Referat und die beiden Berichte über Sozialpolitik und Agrarpolitik noch heute abend erledigen müssen.

*Wilhelm Mellies*, Detmold: Genossinnen und Genossen! Der Punkt 6 der Tagesordnung lautet: Die kulturpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie. Der Genosse *Hennig* hat uns hier erklären müssen, daß er keine kulturpolitischen Forderungen vorzubringen hat, weil die Partei in ihrer Arbeit noch nicht weit genug fortgeschritten ist. Es scheint mir so, daß es dann richtiger gewesen wäre, in diesem Falle einen solchen Punkt nicht auf die Tagesordnung zu setzen, denn es muß so der Eindruck erweckt werden, daß sich die Sozialdemokratie über ihre kulturpolitische Bedeutung keinesfalls im klaren ist. Wir werden aber wohl darüber einer Meinung sein, daß dieser Eindruck nach außen hin nicht erweckt werden darf. Man hat der Sozialdemokratie schon früher vorgeworfen, daß die Kulturpolitik bei ihr fünftes Rad am Wagen sei. Das ist in den verflochtenen Jahrzehnten aus der Situation der Zeit heraus zu verstehen, denn wenn man die Massen zum kulturellen Leben bringen will, sind dazu zwei Voraussetzungen nötig. Einmal muß das Existenzminimum gesichert sein, und zweitens muß zur kulturellen Betätigung auch die nötige Muße vorhanden sein. Der Genosse *Grimme* hat schon vor anderthalb Jahrzehnten einmal gesagt:

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Ich bitte um Ruhe, die Verhandlungen sind nicht unterbrochen. Es ist ungeheuer schwer, hier zu sprechen, wenn eine Unruhe im Saale ist.

*Wilhelm Mellies*, Detmold: „Wer den Menschen die Muße nimmt, begeht ein Verbrechen gegen das keimende Leben der Kultur.“

Die Not der gegenwärtigen Zeit — das ist auch gesagt worden — hindert uns vielfach an der kulturellen Betätigung. Denn es bewahrheitet sich heute natürlich das Wort, das Arno Holz vor 15 Jahren einmal prägte: „Was soll uns Goethe, Kant und Luther, dem Elend dünkt ein Stückchen Butter erhab'ner als der ganze Faust.“ Aber trotzdem darf meines Erachtens die Sozialdemokratische Partei nicht müde werden, in den kulturpolitischen Dingen weiter vorzudrücken. Denn wir stehen in einer besonderen Situation. Die Reaktion des Bürgertums ist im Begriff, sich in zwei Bezirken außerordentlich festzusetzen. Nachdem in der Wehrmacht und zum Teil auch in der Industrie und in der übrigen Wirtschaft bevorzugte Plätze nicht mehr zur Verfügung stehen, drängt sich alles in die Verwaltung und in die kulturpolitische Betätigung. Wer heute das kulturelle Leben betrachtet, kann sich ja nicht darüber beklagen, daß zu wenig getan würde. Im Gegenteil, man kann sehr häufig von einem Kulturbetrieb in nicht gerade sehr angenehmem Sinne reden. Aber dieser Kulturbetrieb wird getragen von den bürgerlichen Kräften. Wir müssen überall auf kulturellem Gebiete feststellen, daß die starke Machtposition der Sozial-

demokratie noch keineswegs zum Durchbruch gekommen ist, und wir müssen mit Nachdruck darauf drängen, daß auf beiden Gebieten, sowohl in der Verwaltung als auch auf kulturellem Gebiet, unser Einfluß so stark wird, wie es der politischen Struktur der Bevölkerung entspricht.

Woher kommt nun unsere Schwäche auf kulturellem Gebiet? Ich möchte dafür kurz zwei Gründe erörtern. Der eine liegt in dem, was der Genosse Schumacher angeführt hat, als er über die Betätigung der leitenden Genossen sprach. Wir haben leider allzusehr den Eindruck, daß unsere Genossen in den leitenden Stellen, in den Ministerien und Regierungen allzusehr schwach werden gegenüber der bürgerlichen Front, der sie sich im kulturellen Leben gegenübersetzen. Wenn man ihnen Vorhaltungen macht, daß gewisse Dinge aus Gründen der Demokratie und Toleranz nicht gemacht werden dürften, dann werden sie sehr schnell von des Gedankens Blässe angekränkt und haben nachher nicht mehr den Mut und die Tatkraft, die sozialistischen Forderungen im kulturellen Bezirk durchzusetzen, und es stimmt schon in etwa, was die Genossin vorhin anschnitt, daß der Intellekt in diesem Falle auch tatsächlich schwach macht. Demokratie und Toleranz dürfen nicht zu einer Knochenweichung bei diesen Auseinandersetzungen führen, die letzten Endes auch machtpolitische Auseinandersetzungen sind.

Der zweite Grund scheint mir in dem zu liegen, was auch der Genosse Berger bereits angeschnitten hat, daß wir die kulturelle Auseinandersetzung heute allzuviel unter dem Blickpunkt der Auseinandersetzung sehen, die unter dem Thema geht: Religion und Sozialismus oder — besser gesagt— Kirche und Sozialismus. Es scheint mir unbedingt erforderlich, daß wir auch auf diesem Gebiet zu einer klaren Begriffsbestimmung kommen. Ich halte diese Gespräche nicht etwa für abwegig oder für verfehlt, im Gegenteil, ich halte sie für außergewöhnlich wichtig. Aber wir befinden uns dabei leider dauernd in einer Verteidigungsposition. Diese Verteidigungsposition brauchen wir auf keinen Fall zu beziehen, sondern wir müssen im Gegenteil von uns aus zum Angriff übergehen. Deshalb müssen meines Erachtens im Vordergrund dieser Gespräche drei Fragen stehen.

Zunächst einmal ist von uns aus darauf hinzuweisen, daß die starken Spannungen, die in den früheren Jahrzehnten zwischen Sozialdemokratie und Kirche ohne Frage bestanden haben, nicht auf das Schuldkonto der Sozialdemokratie kommen, sondern auf das der Kirche, weil sich die Kirche zum Vorschein der reaktionären Cliquen mißbrauchen ließ. (Beifall.)

Der zweite Punkt, den wir in den Vordergrund stellen müssen, ist der, daß eine Verwirklichung der ethischen Grundsätze des Christentums in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht möglich ist. Wenn man also verlangt, daß die Menschheit nach den hohen ethischen Grundsätzen des Christentums leben soll, dann muß man auch die Verhältnisse so gestalten, daß man danach leben kann.

Danach leben kann man nur dann, wenn die egoistische kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt und durch die sozialistische Wirtschaftsordnung ersetzt ist. Von besonderer Wichtigkeit scheint mir der dritte Punkt zu sein, nämlich der, daß man die Toleranz nicht einseitig auffassen kann. Dieses Wort wird in den Gesprächen von seiten der Kirche immer wieder gebraucht, aber wir müssen feststellen, daß in den schönen Formulierungen, die die kirchlichen Vertreter zu diesem Thema bringen, immer noch allzusehr der totalitäre Gedanke der Kirche verkleidet ist. Wenn man sich also schon über diese Fragen unterhalten will, dann muß meines Erachtens zunächst einmal die Grundlage geklärt werden, und da befinden wir uns, wie gesagt, nicht etwa in der Verteidigung, sondern wir befinden uns im Angriff. Aber wir begehen einen großen Fehler, Genossinnen und Genossen, wenn wir die kulturelle Auseinandersetzung lediglich unter diesen Gesichtspunkt stellen.

Wir brauchen kein Wort darüber zu verlieren, daß niemand unter uns der Meinung ist, unsere Jugend dürfte über Religion überhaupt nichts erfahren. Im Gegenteil, wir werden alle der einen Meinung sein, daß unsere ganze Kultur in den letzten Jahrtausend auf christlichem Boden erwachsen ist, und infolgedessen gehört selbstverständlich die Kenntnis dieser religiösen Dinge auch mit zur Bildung der Jugend.

Aber einer zweiten Gefahr müssen wir ebenfalls auf kulturellem Gebiete vorbeugen. Das ist nämlich, daß wir die ganze Frage der Kulturpolitik unter dem Gesichtspunkt der Schule sehen. Das ist bis jetzt auch in der Diskussion sehr stark zum Ausdruck gekommen. Gewiß, wer kulturell tätig sein will, muß zunächst die Schule wollen. Aber, Genossinnen und Genossen, das kulturelle Gebiet hat einen so ungeheuren Umfang angenommen, daß wir sehr schlecht beraten wären, wenn wir uns nur auf die Schulpolitik beschränken wollten. Wir müssen in bezug auf die Fragen der Kunst, des Rundfunks und des Films unsere Stellung klar zum Ausdruck bringen und müssen unseren starken Einfluß, den wir durchführen können, wenn wir nur wollen, auch tatsächlich zur Durchführung bringen. Gegenüber den Bestrebungen, die gegenwärtig auf kulturellem Gebiet vorhanden sind, müssen wir auch mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß wir, genau so wie wir im wirtschaftlichen Leben vorstoßen und durchstoßen müssen von der kapitalistischen Wirtschaft zur sozialistischen Wirtschaft, auch auf kulturellem Gebiet von der individuellen Kultur zur Gemeinschaftskultur durchstoßen müssen. (Beifall.)

**Vorsitzender Ollenhauer:** Heute nach dem Abendessen wird am Eingang des Speiseraums ein Kasten stehen, damit wir uns bei dem Personal, das uns in diesen Tagen so gut betreut hat, erkenntlich zeigen können. Ich bitte alle Genossen und Genossinnen, diese Gelegenheit nach ihren Kräften wahrzunehmen.

Ich unterbreche jetzt die Verhandlungen, und wir beginnen wieder um 21.00 Uhr in diesem Saal.

(Schluß: 18.56 Uhr.)

#### Abendsitzung

Beginn 21.00 Uhr.

**Vorsitzender Erich Ollenhauer:** Genossen und Genossinnen! Wir nehmen unsere Verhandlungen wieder auf. Ich möchte zunächst eine technische Mitteilung machen. (Betrifft den Straßenbahnverkehr nach der Abendsitzung.)

Dann möchte ich noch eine andere aufklärende Mitteilung machen, über die nicht hier noch im einzelnen eine Diskussion geführt werden soll. Wir sind von verschiedenen Genossen nach der Verkündung des Wahlergebnisses um Aufklärung darüber gebeten worden, daß ein Kandidat in der Gruppe der besoldeten Vorstandsmitglieder mit weniger Stimmen als gewählt betrachtet wird als eine Genossin, die zu den nicht gewählten Kandidaten gehört, an Stimmen erhalten hat, Genossen, das ist ein sehr einfacher Vorgang, und da ich nicht möchte, daß irgendeiner unserer Delegierten aus Unkenntnis oder aus irgendeiner anderen Überlegung heraus mit einem falschen Eindruck von diesem Resultat nach Hause geht, möchte ich noch einmal die Situation schildern, unter der wir gewählt haben.

Nach unseren Beschlüssen besteht der Parteivorstand aus drei Kategorien von Mitgliedern, zunächst aus den beiden Vorsitzenden, dem Vorsitzenden und dem stellvertretenden Vorsitzenden, zweitens aus der Gruppe der besoldeten Mitglieder des Parteivorstandes, und drittens aus der Gruppe der unbesoldeten Mitglieder des Parteivorstandes. Wir haben durch Beschluß vor der Wahl festgelegt die Ämter der beiden Vorsitzenden, die Zahl der besoldeten Vorstandsmitglieder als zweite Gruppe und drittens die Zahl der unbesoldeten Mitglieder des Vorstandes. In jeder dieser Gruppen ist eine bestimmte Anzahl von Kandidaten vorgeschlagen worden, und für jede dieser Gruppen gelten die dort Genannten für die dort vorgesehenen Funktionen als gewählt, wenn sie mehr als die Hälfte der Stimmen erzielt haben. Wir haben bei der Gruppe der unbesoldeten Bessitzer und nicht bei den Gruppen der besoldeten Bessitzer zwei Kandidaten mehr gehabt, als wir zu wählen hatten. Deshalb mußten zwei von den Kandidaten natürlicherweise als nicht gewählt ausscheiden. Man kann jetzt nicht das Resultat so vergleichen, daß man die Stimmen-

zahl eines nicht gewählten Kandidaten der Gruppe Belsizer mit der Stimmzahl irgendeines Mitgliedes in der zweiten Gruppe der besoldeten Mitglieder vergleicht. Das ist in der Gruppierung der Zusammensetzung des Parteivorstandes völlig klar ersichtlich, und unser Wahlverfahren entspricht absolut der Übung, die wir früher auf unseren Parteitag gehabt haben.

Wir hätten selbstverständlich für jede dieser drei Gruppen einen gesonderten Wahlgang durchführen können. Dann wäre das Resultat völlig dasselbe gewesen, und es wäre nicht diese Diskussion entstanden. Wir haben uns im Parteivorstand und Partiausschuß entschieden, diesen Wahlgang zu vereinfachen und alle drei Gruppen auf einem Stimmzettel zu wählen. Aus diesem technischen Grunde ist bei einigen Genossen diese Unklarheit entstanden, und es lag mir daran, diese sachliche Aufklärung zu geben, damit sie nicht weiter besteht und Anlaß zu irgendwelchen Kombinationen über das Wahlresultat gibt.

Jetzt fahren wir in der Diskussion zu dem Bericht des Genossen Hennig fort. Es hat das Wort die Genossin Greising, Hannover.

*Gertrud Greising, Hannover:* Genossen und Genossinnen! Es ist hier heute mehrfach von der Jugend die Rede gewesen. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit weiter auf die Jugend lenken, die ohne Helmat und ohne Angehörige umherirrt. Auf der Tagung der Arbeiterwohlfahrt in der vorigen Woche in Kiel hat man u. a. festgestellt, daß z. B. allein in Schleswig-Holstein 5000 Jugendliche ohne Lebensmittelkarten und ohne Unterkunft herumvagabundieren. Zur Zeit kommen viele Jugendliche aus der Ostzone an, die sich einer Registrierung entziehen wollen. Nicht nur in Schleswig-Holstein sind die Verhältnisse so, sondern, so weit ich unterrichtet bin, ist es ähnlich in der ganzen britischen Zone. In der amerikanischen Zone werden wahrscheinlich ähnliche Verhältnisse herrschen.

Wenn wir vor 1933 Berichte aus Rußland über das Kinderelend und über die Verwahrlosung der Jugend lasen, dann waren wir erschüttert darüber. Heute kann man feststellen, daß in Deutschland ähnliche Verhältnisse herrschen. Man schätzte vor kurzem noch die Zahl der monatlich zwischen der russischen und britischen Zone über die Grenze kommenden Flüchtlinge auf 15 000. Jetzt hört man bereits, daß die Zahl sich auf mindestens 50 000 Menschen monatlich beläuft. Unter ihnen befindet sich auch eine große Zahl Jugendlicher. Sie kommen alle ohne Gepäck und ohne Papiere, schlecht gekleidet und ungepflegt. Es befindet sich auch ein großer Teil Kinder unter ihnen. Die Jugendlichen hausen zum Teil in Bunkern, Wartesälen und in den Trümmern der Großstädte. Merkwürdigerweise sind sie allerdings gut genährt und stechen auf diese Art angenehm von den anderen Jugendlichen ab, die sich durch ehrliche Arbeit betätigen. Die Jugendlichen, die so in der Welt herumirren, ernähren sich durch Schleichhandel. Die weiblichen Jugendlichen verfallen sehr oft der Prostitution. Arbeitsmöglichkeiten weisen sie ab.

Diese Jugendlichen bilden eine Gefährdung der gesamten Jugend, stellen aber auch eine Gefahr für die Volksgesundheit dar. Bei Registrierungen durch Razzien hat man festgestellt, daß 25 bis 30 Prozent der weiblichen Sistierten geschlechtskrank sind. Eine große Zahl der Jugendlichen ist auch kriminell. Außerdem gefährden sie die übrigen nicht nur durch die eben genannten Krankheiten, sondern auch noch durch Tuberkulose und Hautkrankheiten, die sie bei Übernachtungen übertragen. Zu erwähnen ist auch noch eine Ungerechtigkeit, die darin besteht, daß man einen Unterschied zwischen weiblichen und männlichen Sistierten macht. Die weiblichen Sistierten werden auf Geschlechtskrankheiten untersucht, während die männlichen von dieser Untersuchung ausgenommen werden und die Geschlechtskrankheiten ungehindert weiterverbreiten können. Weiter ist festzustellen, daß die weiblichen Untersuchten, wenn sie geschlechtskrank sind, in ein Krankenhaus übergeführt und dort ausgeheilt werden. Diejenigen, die nicht krank sind, läßt man laufen und überläßt sie nach wie vor ihrem Schicksal.

In all diesen Dingen liegt eine Gefährdung für die gesamte Jugend nicht nur in gesundheitlicher, sondern auch in moralischer Beziehung. Denn die Jugendlichen, die heute noch ihrer Arbeit ehrlich nachgehen, stellen fest, daß die anderen weit

besser und leichter ihr Leben fristen können, die Schattenseiten dieses Daseins sehen sie allerdings nicht.

Die Jugendlichen, die so verwahrlosen, bilden eine starke Belastung für die Allgemeinheit. Ungeheure Kosten entstehen durch Polizeiaufgebote, die gegen sie eingesetzt werden, durch Ärzte, Beamte, Transportkosten, Medizin, Krankenhaus-hilfe usw.

Nun kann man diese Jugendlichen natürlich nicht ohne weiteres verurteilen. Wir als Sozialisten wissen, daß sie bedauernswerte Opfer des Naziregimes sind. Sie sind genau so um ihre Jugend betrogen worden, um den wertvollsten Teil ihres Lebens, wie wir alle, die hier anwesend sind. Diese Jugendlichen haben zum großen Teil keine Schule besuchen können. Der Vater war zum Kriegsdienst einbezogen und die Mutter zum Arbeitsdienst. Dazu kommt die Erziehung in der Hitler-Jugend. Durch die Passivität der Gesellschaft wurden sie gewissermaßen zu Feinden der Gesellschaft. Umgekehrt ist es heute bei Razzien oft so, daß sie, wenn sie zusammengespart werden, sagen: das nennt man nun Demokratie.

Wir müssen versuchen, diese Jugendlichen wieder emporzuziehen. Wehe, wenn sie in die Hände derer fallen, die aus ihrer Not wieder ein Geschäft machen und so dem Nationalsozialismus oder irgendeiner anderen verneinenden Weltanschauung in den Arm getrieben werden. Denn dann werden sie nicht nur zur Gefahr der Bevölkerung, sondern zu einer Gefahr für die Arbeiterbewegung.

Daher müssen wir für Unterbringungsmethoden sorgen, die heute nicht in genügendem Maße zur Verfügung stehen. Wenn man uns entgegenhält, das seien Nazimethoden, dann müssen wir das ablehnen und erklären, daß man diese Jugendlichen mit Nazimethoden nicht wieder erziehen kann. Man will ihnen vor allen Dingen eine Arbeit zuweisen, die ihren Fähigkeiten entspricht. Man will sie nicht dazu anhalten, nur die niedrigste und schlechteste Arbeit zu machen. Vielleicht kann man ihnen auch durch Kultur- und Sportveranstaltungen das Leben wieder lebenswert machen. Man muß sie auch dazu anhalten, Werte zu schaffen, statt eine Belastung der Allgemeinheit zu sein.

Genosse *Schumacher* hat einmal im vorigen Jahr gesagt: Gebt der Jugend eine Chance! Wir müssen auch dieser Jugend eine Chance geben, denn wenn wir uns der Jugend nicht annehmen, werden es andere tun, die es nicht so ehrlich mit der Jugend meinen wie wir.

Ich bitte daher, den Antrag Nr. 25 nicht, wie es hier beantragt worden ist, dem Parteivorstand zur weiteren Bearbeitung zu überweisen, sondern dafür zu stimmen, daß sich unsere Länderparlamente sofort auf diesem Gebiete einsetzen, damit diese Angelegenheit, die ja sowieso noch einige Zeit zu ihrer Durchführung in Anspruch nehmen wird, nicht wieder jahrelang verschleppt wird.

Was ich hier ausführte, trifft in erhöhtem Maße auch für die Erwachsenen zu. Gerade weil der Antrag Nr. 25 nicht so weitergegeben worden ist, wie er in Hannover auf der Partelausschustagung beschlossen worden ist, bitte ich, daß er hier ergänzt wird und daß diese Ergänzung ebenfalls angenommen wird. Die Ergänzung lautet folgendermaßen:

Es sollen weitere Maßnahmen getroffen werden, um die große Zahl ver-wahrloster erwachsener Männer und Frauen wieder an ein geordnetes Leben zu gewöhnen bzw. dazu zu erziehen. Ich bitte, auch diesem Vorschlag Ihre Zustimmung zu geben. (Beifall.)

*Kurt Reinhardt*, Neustadt (Schwarzwald): Genossen und Genossinnen! Der Genosse *Berger* hat vorhin einen guten Teil lebhaften Beifalls errungen, als er wieder einmal von einer gewissen Schicht von Menschen sprach, über die man in gleicher Art und Weise schon früher in Nürnberg sprach. (Beifall.) Das waren nämlich die Intellektuellen. Ich habe mich sehr gewundert, daß dieses Wort hier eine derartig seltsame Resonanz gefunden hat. Man scheint doch gerade bei denen — und Genosse *Berger* scheint sich zu ihnen rechnen zu wollen —, die sich gute Marxisten nennen, vergessen zu haben, daß Marx wirklich den Ehrennamen eines

Intellektuellen verdient. Es ist ja nicht so, daß sich jeder Schwätzer als solcher bezeichnen kann (sehr gut!), sondern ich bin der Auffassung, daß zum Intellektuellen ein großes Maß immer wiederkehrender geistiger Bemühung gehört. (Sehr gut.) Ich bin weiter der Meinung, daß wir zu den Intellektuellen diejenigen Leute rechnen können, die Erich Kästner und Kurt Tucholski heißen. Das als Einleitung.

Im übrigen bin ich der Auffassung, daß wir, gerade wenn wir uns bemühen wollen, den Marxismus zu begreifen, und zwar als Arbeitsmethode zu begreifen, auch danach handeln sollten. Ich habe auch hier das Gefühl gehabt, daß sich der Genosse Berger sehr auf dogmatischen Wegen bewegt hat. Man kann sich doch wirklich nicht hinstellen, zumindest nicht derjenige, der sowohl in der Propagandarbeit als auch in der Schulungsarbeit der Partei tätig ist, und behaupten, daß ein großer Teil unserer Genossen durch die Beschäftigung mit dem wissenschaftlichen Sozialismus zu uns gekommen ist. Genossen, wir wissen doch, wie schwer das ist, zum mindesten diejenigen wissen es, die sich darum bemühen, sich mit dem Problem des Sozialismus auseinanderzusetzen. Alle, die zu uns stoßen, sind zu uns gekommen aus der Not des täglichen Lebens und nicht aus wissenschaftlichen Erkenntnissen. Diese kommen zahlenmäßig erst in zweiter Linie. Wenn ich diese Behauptung aufstelle, dann knüpfte ich weiter an das an, was der holländische Genosse sagte: Wir können heute nicht so mit einem kleinen Händeringen die Probleme des religiösen Sozialismus abtun. Das muß heute im Vordergrund stehen, weil weiße Volkskreise, die soziologisch durchaus und vollkommen zu uns gehören, sich von unserer Partei noch abgestoßen fühlen, weil sie der Auffassung sind, wir seien die ausgesprochenen Atheisten. (Sehr richtig!) Gerade diesen müssen wir begreiflich machen, daß wir in positiver Weise tolerant sind.

Man darf auch nicht an Probleme der Kulturpolitik so herangehen und fragen, wer an dem Verhältnis Kirche—Partei schuld ist, die Kirche oder wir. Die Fragestellung ist falsch. Man muß fragen, ob es nicht heute gerade in der CDU große Kreise junger Menschen gibt, die sich absolut nicht ausgefüllt in dieser Partei fühlen, die nun suchen und suchen und zu uns stoßen würden, wenn sie die Gewähr dieser positiven Toleranz hätten. (Sehr richtig!)

Zur Kulturpolitik gehört etwas weiteres. Die älteren Genossen — dies soll kein Vorwurf sein — haben sich mit der Fortentwicklung der Naturwissenschaften nicht in dem geeigneten Maße vertraut machen können. Sie müssen nämlich das eine wissen, was ich hier nur andeuten kann, obwohl ich Fachmann in der Richtung bin, daß Marx eine gewisse Kombination von Hegel und dem Materialismus ist. (Zuruf: Das ist ganz neu!) — Einen Augenblick, ich bin ja noch nicht fertig, der Einwurf war nicht gerade gelstreich. — Wenn Sie die heutigen Probleme der Naturwissenschaft nehmen — ich darf dabei an Planck und Heisenberg erinnern —, dann werden Sie sehr schnell erkennen müssen, daß das Problem des Materialismus einer ungeheuren Revision bedarf und nicht mehr in der Form diskutiert werden kann, wie man es vor 15 oder 10 Jahren getan hat. Damit sind die Grundlagen der früheren Parteidoktrin andere geworden, und das müssen wir auch beim Problem Kirche—Religion und bei der Erfassung neuer Kreise des Volkes berücksichtigen.

Wenn wir zum Schul- und Lehrerproblem übergehen, darf man sich auch nicht ohne weiteres hinstellen und glauben, daß man nun jeden, der dem Lehrerstand angehört, als halb verküchert ansehen soll. Täuschen Sie sich nicht! Wenn man mit Ernst und Wahrhaftigkeit im Lehrerberuf steht, dann kann man oft die Hände überm Kopf zusammenschlagen über die Auffassungen und Erziehungsmethoden der Laien und der Eltern. Es ist nicht so, daß das nun eine ganze große Geheimwissenschaft wäre. Aber es gehört ein ernsthaftes Bemühen auch der Laien dazu, sich in die Probleme, die die Psychologie heute aufgeworfen hat, hineinzufinden, um den modernen Erziehungsmethoden gerecht zu werden. Dabei will ich keinesfalls behaupten, daß etwa auch nur ein ansprechbarer Teil unserer Lehrerschaft schon diesen Weg gegangen ist. Das mitnichten! Da wird es allerdings unsere Aufgabe sein, neue Wege zu bahnen und Forderungen aufzustellen. Aber diese Forderungen müssen nicht derartig sein, daß man das Gefühl hat, hier will wieder

jemand Beifall erhaschen. Es gehört ein ernsthaftes Stück Arbeit zu diesen Dingen der Kulturpropaganda und der Kulturarbeit sowohl für die Schule als auch in der Neugründung und Neuschöpfung unserer grundsätzlichen Theorie, die wir uns wieder schaffen müssen, ausgehend von der marxistischen Basis, aber mit der marxistischen Arbeitsmethode und nicht mit dem marxistischen Dogma östlicher Richtung. (Lachen.) Es ist doch tatsächlich das besonders entscheidend, daß wir keine dogmengläubigen Marxisten sind.

Da wird der Weg zu finden sein, unsere Partei ganz wesentlich zu erweitern und vor allen Dingen eines zu verhüten: den Kulturkampf. Der Kulturkampf gegen irgendeine Kirche kann uns nur schaden. Wir haben doch politisch überhaupt kein Interesse daran, unsere Arbeit in eine solche Richtung, die sich manchmal nicht einmal fundieren läßt, zu drängen.

Wir wollen uns also bemühen, uns sauber und sachlich mit diesen Kulturproblemen auseinanderzusetzen, um weiterzukommen, um unsere Arbeit zu fundieren, um Forderungen für die Einheitsschule, für den neuen Lehrerstand zu stellen, und so dem Volke zu zeigen, daß die Sozialdemokratische Partei in allen Richtungen auf dem Stande der Zeit ist. (Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Das Schlußwort hat der Genosse *Hennig*.

*Arno Hennig*: Ich bin mit der Debatte nicht so unzufrieden, wie ich es sein könnte. Sie hat manches unterstrichen. Erstens glaube ich, daß sich der Parteitag hat überzeugen können, daß mit einer Viertelstunde Kulturpolitik in vier Tagen nicht auszukommen ist und daß der nächste Parteitag wahrscheinlich ein zentrales kulturpolitisches Referat enthalten muß.

Zweitens sind hier Probleme und Mißverständnisse aufgetaucht, die geradezu beweisen, daß wir heute abend in der Eile unmöglich ein Schul- oder Kulturprogramm beschließen können. (Sehr gut!) Genossen, wir haben in Erlangen sehr genau überlegt, ob wir solche konkreten Vorschläge machen sollen. Wir wären dazu in der Lage gewesen. Ich habe sie hier in der Hand. Wir haben es aus Verantwortungsgefühl nicht getan, weil wir glauben, daß die parteigenössische Öffentlichkeit vorher davon unterrichtet werden muß und vorher Gelegenheit haben muß, diese Fragen zu diskutieren, um dann auf einem Parteitag nach einem abschließenden Referat zu beschließen, was geschehen soll. Wir können nicht in diesem halbfertigen Zustande ein Kulturprogramm an die Öffentlichkeit herausgeben, ohne Gefahr zu laufen, mißverstanden zu werden.

Es ist bezeichnend, daß die drei Richtungen, wenn ich einmal so sagen darf, die sich zu diesem Schulentwurf vereinigt haben, den wir in Erlangen vorbereitet, selbst dazu, kamen, drei Fragen aus dem Komplex auszuschneiden, über die keine Einigkeit erzielt worden war. Einigkeit besteht — und die besteht auch ohne Programm seit langem unter allen Sozialdemokraten —, daß wir kompromißlos die Einheitsschule vertreten und daß wir nicht gewillt sind, diese Einheitsschule an irgendeine konfessionelle oder doktrinaire Herrschaft auszuliefern. (Sehr richtig!) Das kann ein Sozialdemokrat oder ein sozialdemokratischer Erzieher auch ohne Parteiprogramm jeden Tag von uns hören und hat es gehört.

Ich komme nun zu den Worten des Genossen *Berger*, über die ich mich außerordentlich gewundert habe. Der Genosse *Berger* hat der Erlanger Tagung von Anfang bis Ende beigewohnt, und in seiner Gegenwart sind die Beschlüsse gefaßt worden. Genosse *Berger* hat es so dargestellt, als sei in der kulturpolitischen Tagung eine Reihe von religiösen Sozialisten absichtlich — so habe ich ihn verstanden — zusammengeschoben worden, um dort einseltige Politik im Sinne der religiösen Sozialisten zu machen. Er hat insbesondere den Genossen *Grimme* angegriffen und hat gesagt, sein Referat habe erst nach eineinviertel Stunden angefangen, von der Schule zu sprechen. Das ist absolut irrig. In Erlangen haben Delegierte teilgenommen, je vier von jedem Bezirk. Außerdem sind eingeladen worden die höheren Ministerialbeamten in den Kultusministerien der deutschen Länder, und ich wollte, diese wären vollständig erschienen, denn wir legten gerade

auf diesen Kontakt den allergrößten Wert. Außerdem sind noch eine Reihe Persönlichkeiten um ihrer qualifizierten Leistung willen vom Parteivorstand eingeladen worden, aber absolut nicht nach dem Gesichtspunkt, ob sie religiöse Sozialisten sind oder nicht. Diese Eingeladenen waren ungefähr 20. Einige davon sind nicht erschienen. In Erlangen sind alle Redner zu Worte gekommen, am ersten Tage 17, am zweiten Tage 28.

Die Fragen sind gründlichst durchgesprochen worden, und das hier umstrittene Referat des Genossen Grimme hat sich im ersten Teil allerdings mit weltanschaulichen Fragen befaßt, aber fast durchweg in polemischer Art gegen die Tendenz der Kirche, die Diskussionsgrundlage zwischen Sozialdemokratie und religiösen Menschen zu verschieben und zu vereinseltigen.

Es ist uns jetzt in letzter Minute ein Dokument dafür in die Hand gekommen. Die Bayrische Isarzeitung schreibt über dieses kulturpolitische Referat des Genossen Grimme in Erlangen:

Im Rahmen der kulturpolitischen Tagung der SPD-Organen sprach sich der Kultusminister von Niedersachsen, Adolf Grimme, gegen die konfessionellen Schulen aus und erklärte, daß das Schulprogramm Volkssache und nicht lediglich Angelegenheit der Lehrer sei.

Sie sehen also, daß der Genosse Dr. Berger, selbst ein Intellektueller und ein Lehrer, durchaus eine offene Tür eingerannt hat, die in Erlangen in seiner Gegenwart bereits geöffnet worden war, daß nämlich ein Schulgesetz nicht Sache der Schulmeister, sondern des Volkes und der ganzen Partei ist.

Das Mißtrauen der Kirche und ihr Kampf gegen die Einheitsschule und ihre Lehrer resultiere nicht aus der Angst um das Seelenheil der Kinder, sondern daraus, daß die Kirche selbst keinen Glauben an die Kraft ihrer eigenen Verkündigung habe.  
So Grimme in Erlangen.

Der Kampf gegen die konfessionelle Schule müsse aufs schärfste geführt werden, da gerade in ihm Materialismus Trumpf geworden sei. Es gäbe heute bereits eine Reihe von Geistlichen, die eine weitgespannte Einheitsschule befürworteten.

Genossen! Das ist das Zeugnis einer überparteilichen Zeitung. Und nun vergleichen Sie das mit den Worten des Genossen Berger. Daß allerdings die Frage Christentum und Sozialismus sich in Erlangen auch in den Vordergrund geschoben hat, ist heutzutage eine Selbstverständlichkeit. Denn jeder Versammlungsredner weiß, daß über dieses Thema in jeder Versammlung geredet wird. Es ist eine akute Frage und geradezu eine Frage um Sein oder Nichtsein unserer Bewegung, die auf demokratischem Wege zur Macht kommen will. (Sehr richtig!)

Es ist hier davon gesprochen worden, daß die Menschen als Intellektuelle diffamiert werden sollten. Es ist nicht mein Geheimnis, das ich jetzt aus dem Sacke lasse, sondern es ist bereits in der sozialistischen Zeitschrift „Die Zeit“ erörtert worden, und zwar vor 1933, daß der Handarbeiterstand allein keine Mehrheit gehabt hat und keine wieder bekommen kann, weil die Entwicklung dahin geht, daß die technischen und Angestelltenberufe zahlenmäßig immer stärker werden. Ich wiederhole: Es ist heute eine Frage um Sein oder Nichtsein, in diese Zwischenschicht einzudringen. Und das kann man nicht bloß, indem man sich auf einen dogmatisierenden Standpunkt zurückzieht — ich muß es leider wegen der Kürze der Zeit so ausdrücken —, der einem früheren Stadium entsprechen haben mag, aber der heutigen Situation nicht mehr entspricht. Darum haben wir uns auch in Erlangen dafür entschieden, daß als Auftakt und Vorarbeit für unsere kulturpolitische Programmformulierung eine Klärung erfolgen muß, auf welchem geistigen Fundament die Partei heute steht, und zwar unter Berücksichtigung aller Faktoren, die das gegenwärtige Leben tragen. Denn die Politik wird vom Leben bestimmt, und nicht die Politik allein bestimmt das Leben. Wir dürfen am Men-

schen nicht vorbeischaun, sondern müssen den Menschen begreifen und danach unsere Politik einstellen: Es ist nicht nur eine Frage der agitatorischen Zweckmäßigkeit, ob wir das tun oder nicht, sondern es ist eine Frage der inneren und äußeren Wahrhaftigkeit. Täten wir es nicht, so wären wir nicht in der Lage, die Politik wirklich ethisch und wissenschaftlich zu fundieren.

Frellich, wir haben es schwer, und etwas von dem Unmut über diese Schwierigkeiten muß in solchen Ausführungen nachzittern. Ich gebe zu, die CDU hat das leichter. Für sie wird von allen Kanzeln dauernd geworben. Wer wirbt für uns? Wir müssen es selber tun. Aber wir müssen uns ausrüsten mit Waffen, die blank sind und die zuletzt unbesiegt sind, mit den Waffen der wissenschaftlichen Logik und mit der ganzen Größe des Verantwortungsgefühls gegenüber allen tragenden Kräften des Lebens. (Beifall.)

Genossen und Genossinnen! Ich habe mich in dieser Viertelstunde nicht über das einzelne auslassen können, das die Kulturzentrale des Parteivorstandes will oder soll. Sie haben Gelegenheit gehabt, etwas davon in dem Jahrbuch kennenzulernen, das Ihnen vorgelegt worden ist, oder in der kleinen Festschrift. Wir stehen in der Tat nicht im Wiederaufbau unserer Partei, sondern wir stehen in der Neufundierung. Wir wollen, um mit dem Genossen Schumacher zu reden, unser Haus groß und weit bauen. Um das zu können, dürfen wir uns nicht scheuen, mit uns selbst am strengsten ins Gericht zu gehen. Es ist bereits in der kurzen Zeit wertvolle Vorarbeit geleistet worden. Alle Teilnehmer der Erlanger Konferenz, die seinerzeit in Gandersheim anwesend gewesen waren, haben bestätigt, daß bereits ein großer Fortschritt in der Richtung auf die wesentlichsten Punkte erzielt worden ist. Wenn Sie uns auf diesem Wege ermutigen, dann werden Sie sich selbst künftig auch am besten Ihre agitatorische Arbeit erleichtern.

Aber zum Schluß bitte ich dringend noch um eins: Lassen Sie das nicht eine Angelegenheit der Zentrale bleiben, sondern tragen Sie diese Arbeit hinaus in die Bezirke! Veranstalten Sie auch in Ihren Bezirken Kulturkonferenzen, und schaffen Sie vor allen Dingen, was wir schon lange gefordert haben, in jedem Bezirk den kulturpolitischen Ausschuß, an dessen Spitze ein der Partei eng verbundener Geistesarbeiter stehen muß, dessen Arbeit natürlich im Sekretariat vom zuständigen Sekretär aufgearbeitet werden soll. Es ist nicht allein entscheidend, was wir an der Spitze wollen, sondern was sich an der Basis verwirklicht, und so wenig wir jetzt ökonomisch vielleicht erreichen können — auf kulturpolitischem Gebiet sind wir souverän, und es liegt ganz bei uns, was wir auf diesem Gebiet schaffen werden. Die großen politischen Schlachten werden zuletzt doch auch in der Tiefe der menschlichen Seele entschieden. Das wollen wir nicht vergessen, wenn wir sozialistische Kulturpolitik treiben. (Beifall.)

Vorsitzender Ollenhauer: Genossinnen und Genossen! Zu diesem Punkt der Tagesordnung liegen die Anträge 22 bis 26 vor. Der Genosse Hennig hat mitgeteilt, daß die kulturpolitische Tagung der Partei, die vor dem Parteitag in Erlangen stattgefunden hat, beschlossen hat, den Parteivorstand zu ersuchen, einen kulturpolitischen Ausschuß für die Gesamtpartei zu bilden. Dieser Beschluß der Tagung in Erlangen deckt sich mit den eigenen Wünschen des Parteivorstandes. Wir hatten verabredet, daß wir diese Tagung in Erlangen abwarten, ehe wir uns im Parteivorstand über die personelle Zusammensetzung dieses Ausschusses entscheiden. Der Parteivorstand wird in seiner nächsten Sitzung nach dem Parteitag diesen kulturpolitischen Ausschuß konsultieren, und wir haben die Hoffnung, daß im Laufe des nächsten Jahres die Arbeit dieses Ausschusses so entwickelt werden kann, daß wir auch auf den verschiedenen Gebieten der Kulturpolitik und der kulturellen Arbeit zu konkreteren Richtlinien und Formulierungen kommen, als wir sie bis heute vorliegen haben.

Wir sind hier noch nicht in der Lage, dem Parteitag in einer Gesamtresolution die Auffassung der Partei in diesen Fragen formuliert vorzulegen. Der Genosse Hennig hat mit Recht auseinandergesetzt, daß es in dieser Situation besser ist, daß wir zunächst von einem solchen Versuch einer allgemeinen Formulierung der kul-

turpolitischen Ziele der Sozialdemokratie absehen, und daß wir alle Anträge, die zu diesen Fragen heute dem Parteitag vorliegen, dem neuen kulturpolitischen Ausschuß überweisen, entweder um konkret im Sinne dieser Anträge zu wirken, oder aber diese Anregungen zu benutzen für die Ausarbeitung von programmatischen Richtlinien für die Arbeit der Partei auf diesem Gebiet.

Ich möchte zunächst bitten, daß der Parteitag die Anregung der Tagung in Erlangen, einen kulturpolitischen Ausschuß für die Gesamtpartei zu bilden, zum Beschluß erhebt. Wer dafür ist, daß der Parteivorstand beauftragt wird, diesen Ausschuß zu bilden, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Einstimmig beschlossen.

Dann schlage ich vor, daß wir aus den Gründen, die der Genosse Hennig und ich dargelegt haben, die Anträge 22 bis 25 diesem kulturpolitischen Ausschuß überweisen. Wer dafür ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Die Gegenprobe bitte. — Es ist so beschlossen.

Ich möchte dann in Abweichung von den Vorschlägen des Genossen Hennig anregen, daß wir den Antrag 26, der im wesentlichen eine fürsorgliche Frage, vor allen Dingen in seinem entscheidenden ersten Teil, behandelt, dem sozialpolitischen Ausschuß zu überweisen. In einer ganzen Reihe von Städten und Ländern sind bereits auf diesem Gebiet Einrichtungen geschaffen, und es ist nützlich, daß im sozialpolitischen Ausschuß der Antrag daraufhin geprüft wird, welche praktischen Anregungen aus den Erfahrungen der praktischen Arbeit gezogen und der Gesamtpartei zugänglich gemacht werden können. Es heißt das nur, daß wir diesen Antrag möglichst an den Ausschuß bringen, der der Sache nach mit diesem Antrag konkreter und positiver verfahren kann, als etwa der kulturpolitische Ausschuß. Sind die Genossen und Genossinnen mit diesem Verfahren einverstanden? (Zustimmung.) Ich höre keinen Widerspruch; dann ist es so beschlossen.

Damit ist der Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Wir kommen jetzt zum Punkt 6 a:

### Bericht über die agrarpolitische Kommission der Partei

Dazu hat der Genosse Herbert Kriedemann das Wort.

Herbert Kriedemann, Hannover: Genossinnen und Genossen! Man kann der Partei auch für frühere Perioden nicht den Vorwurf machen, daß sie das Agrarproblem nicht gesehen habe. Es ist immer ernsthaft diskutiert worden. Mit den Mitteln der marxistischen Methode hat man versucht, ihm zu Leibe zu gehen, und es hat zu allen Zeiten sehr beachtliche Agrarprogramme gegeben, wenn sie auch häufig ein Kompromiß zwischen theoretischer Erkenntnis und der Praxis dargestellt haben. Abgesehen davon ist auch die praktische Politik der Sozialdemokratie in bezug auf die Landwirtschaft durchaus beachtlich. Wenn man zum Beispiel weiß, was die preußischen Regierungen, die unter sozialdemokratischem Einfluß gestanden haben, an auch heute noch brauchbaren Gesetzen geschaffen haben, oder wenn man daran denkt, daß in der Praxis diese Preußen-Regierungen sehr viel mehr wirkliche Siedlungsarbeit geleistet haben als alle Nazis zusammen, dann wird man dem zustimmen.

Wenn sich dieses Bemühen unserer Partei auf dem Lande doch nicht in ausreichendem Maße ausgewirkt hat, wenn die Masse der ländlichen Bevölkerung auch in den Weimarer Jahren kein positives Verhältnis zur Sozialdemokratie gewinnen konnte, dann gibt es dafür gar keine sachlichen Gründe innerhalb der Sozialdemokratie, etwa in der Form einer Bauernfeindlichkeit oder im Mangel an Verständnis für landwirtschaftliche und agrarsoziale Probleme. Es liegt viel mehr daran, daß es die reaktionären Parteien immer verstanden haben, mit den Mitteln der Verleumdung und der Täuschung das Land für ihre politischen Zwecke zu monopolisieren. Es hat bekanntlich viele Dörfer gegeben, in denen man es sich zur